

Die Weißerich-Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und wird am Spätnachmittag ausgegeben. Preis vierfachjährlich einjährlich. Bezug 2.85 M., zweimonatlich 1.90 M., einmonatlich 0.95 M. Einzel-Nummern 10 M. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger nehmen Bestellungen an.

Weißerich-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. ll.

Unterseite werden mit 20 Pf. solche aus unserer Amtshauptmannschaft mit 15 Pf. die Spaltzelle oder deren Raum berechnet. Bekanntmachungen auf der ersten Seite (nur von Behörden) die zweigeteilte Zelle 60 bez. 60 Pf. — Tabellarische und komplizierte Inserate mit entsprechendem Aufschlag. — Eingesandt, im redaktionellen Teile, die Spaltzelle 50 Pf.

Amtsblatt für die Amtshauptmannschaft, das Amtsgericht und den Stadtrat zu Dippoldiswalde.

Mit „Illustriertem Unterhaltungsblatt“.

Für die Aufnahme eines Inserats an bestimmter Stelle und an bestimmten Tagen wird keine Garantie übernommen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jähne. — Druck und Verlag von Carl Jähne in Dippoldiswalde.

Mr. 11

Mittwoch den 15. Januar 1919 abends

85. Jahrgang

Wahlvorschläge für den 28. Wahlkreis zur Nationalversammlung.

Die nachstehenden Wahlvorschläge sind in der öffentlichen Sitzung des Wahlausschusses vom 13. Januar 1919 zugelassen worden.

Wahlvorschlag Gradnauer.

1. Schriftsteller Dr. Georg Gradnauer, Dresden-II,
2. Arbeiterseelsörer u. Stadtrat Wilhelm Bud, Dresden-II,
3. Parteisekretär und Gemeindeältester Hermann Rahmann, Poltschappel b. Dresden,
4. Hausfrau Ernestine Luhe, Dresden-II,
5. Gewerkschaftsbeamter Magnus Haack, Dresden-II,
6. Redakteur Richard Schmidt, Meißen,
7. Redakteur Hermann Krämer, Berlin O. 34,
8. Schriftsteller Edmund Gilcher, Briesnitz b. Dresden,
9. Parteisekretär Karl Bethke, Freiberg,
10. Hausfrau Hedwig Kurt, Dresden-II,
11. Redakteur Franz Holzapfel, Dresden-Schleben,
12. Kaufmann und Stadtrat Victor Braune, Dresden.

Wahlvorschlag Röhlisch.

1. Minister a. D. Kaufmann Emil Nitschke, Leutzsch b. Leipzig,
2. Buchdruckereibesitzer u. Hauptgeschäftsführer Wilhelm Steinsdorff, Zittau,
3. Oberbürgermeister Dr. Wilhelm Röhlisch, Zittau,
4. Frau Maria Stritt, Dresden,
5. Professor Dr. med. Heinrich Kraft, Dresden,
6. Gewerkschaftssekretär Kurt Reichelt, Slamen (Kreis Spremberg),
7. Gutsbesitzer Paul Zeuner in Rodewitz bei Wilsdruff,
8. Pastor Eduard Hermann Kruspe in Meißen,
9. Ministerialsekretär Georg Schulze, Hellerau b. Dresden,
10. Handlungsgeschäftsführer Walter Schmidt, Freiberg,
11. Fleischerobermeister Paul Richter, Dresden,
12. Gewerbeschullehrer Gustav Dähler, Meißen.

Wahlvorschlag Gleßner.

1. Redakteur Hermann Gleßner, Briesnitz,
2. Tischlermeister Ernst Schulze, Cossebaude,
3. Arbeiterin Anna Jacob, Dresden,
4. Redakteur Emil Rauch, Zittau,
5. Lagerist Richard Henzschel, Gröba a. d. E. ■
6. Lagerhalter Paul Sterzel, Großluga, ■
7. Arbeiterin Martha Schmieder, Weinböhla,
8. Redakteur Georg Fuchs, Bautzen,
9. Metallarbeiterin Hedwig Reinert, Poltschappel,
10. Schriftsteller Max Rödig, Niederlößnitz,
11. Schlosser Emil Schlegel, Pirna,
12. Arbeiterseelsörer Bernhard Menke, Dresden.

Wahlvorschlag Burlage.

1. Reichsgerichtsrat Eduard Burlage, Leipzig,
2. Oberlehrer Anton Georg Peter Hille, Kirchschultheuer, Christwitz, Bez. Dresden,
3. Arbeiterverein vorständender Paul Pilatzek, Dresden,
4. Bürgermeister Heinrich Lorenz, Zittau,
5. Rechtsanwalt Dr. Franz Laden, Wurzen,
6. Postleitzettler Otto Tholozowsky, Dresden-II,
7. Pfarrer Paul Kretschmer, Schirgiswalde,
8. Hauptkirchspieler Paul Hohlein, Dresden-II,
9. Hilf. Studentin Barbara Burschka, Röthenbach,
10. Dampfwaschmaschinenfabrik Philipp Stolte, Dresden-II,
11. Habilitationsherr Josef Schessel, Ausdorf bei Ostritz in Sachsen,
12. Kaufmann Heinrich Hürtz, Bischöfswerda (Sa.).

Wahlvorschlag Heine.

1. Staatsminister a. D. Dr. Rudolf Heine, Loschwitz bei Dresden,
2. Staatsminister a. D. Dr. Walter Koch, Dresden-II,
3. Prof. Dr. E. Voite Schurig, Dresden-II,
4. Oberlehrer Paul Sättler, Dresden,
5. Habilitationsherr Richard R. Otto, Freiberg,
6. Realchuldherr Dr. Bergemann, Löbau,
7. Arbeiterseelsörer Walter Hey, Dresden,
8. Gymnasialprofessor Dr. Ernst Boehm, Meißen,
9. Postleitzettler Johannes Herrmann, Dresden-II,
10. Habildirektor Dr. Gerhard Rehder, Dresden,
11. Warter Johannes Rehder, Dresden-II,
12. Oberbürgermeister Bernhard Blüher, Dresden.

Wahlvorschlag Röhlisch.

1. Oberforststellenrat Superintendent Dr. Franz Röhlisch, Dresden,

2. Glasermeister und Stadtrat Johannes Osler Weglich, Dresden,
3. Kaufmann Gustav Bernhard Curt Gräßle, Dresden,
4. Fabriksdirektor Max Lehning, Niederlößnitz,
5. Lehrerin Franziska Ohnesorge, Dresden,
6. Gutsbesitzer Max Osler Schreiber, Müschwitz,
7. Fabriksdirektor Wilhelm Max Rodtrock, Kleinleditz b. Pirna,
8. Eisenbahnssekretär Paul Lubed, Dresden,
9. Kaufmann Friedrich Röhlisch, Dresden,
10. Gutsbesitzer Johann Pietisch, Burk,
11. Frau Marie von Carlowitz, Dresden,
12. Stadtrat Oscar Schmidt, Kreisberg.

Die Wahlvorschläge Burlage, Heine und Röhlisch sind miteinander verbunden worden.

Ein Abdruck dieser Bekanntmachung ist neben einem Abdruck des Reichswahlgesetzes und der Wahlordnung im Wahllokal auszulegen.

Gleichzeitig erüttelt ich sämtliche Wahlvorsteher, gemäß § 48 der Wahlordnung die Wahlprotokolle mit sämtlichen zugehörigen Schriftstücken ungestüm nach deren Abschlüsse an die nachstehende Stelle:

Wahlkommissar Dr. Heerloch, Dresden-II, Sternplatz 5 portofrei einzuladen, falls diese Schriftstücke nicht an eine Sammelstelle befußt gemeinschaftlicher Ablieferung abgegeben werden. Ich mache hierbei darauf aufmerksam, daß die Wahlvorsteher für die pünktliche Ausführung dieser Vorschrift persönlich verantwortlich sind und demzufolge die durch verspäteten Eingang der Wahlprotokolle entstehenden Kosten zu tragen haben.

Über die rechtliche Bedeutung der Wahlvorschläge und ihrer Verbindungen geben die unter ○ abgedruckten Erläuterungen Auskunft.

○ Dresden, am 13. Januar 1919.

Der Wahlkommissar für den 28. Wahlkreis.

In der Auswahl der Bewerber ist der Wähler beschränkt. Er darf nach § 14 Abs. 2 RWG. nur Namen aus einem einzigen der öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschläge einnehmen, muß jedoch, wenn er überhaupt sein Wahlrecht gültig ausüben will, zu einem dieser Wahlvorschläge bekennen. Das Entnehmen von Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen hat nach § 42 Biff. 7 MO. die Ungültigkeit des Stimmzettels zur Folge. Die Hinzunahme von „Wilden“, d. h. von Personen, die auf seinem der öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschlag benannt sind, ist dogegen unzulässig, aber auch unwirksam. Sind auf einem Stimmzettel nur Wilde benannt, so ist er ungültig. (MO. § 42 Biff. 8) Innerhalb des Wahlvorschlags, für den sich der Wähler entscheidet, kann er jede mögliche Änderung vornehmen, insbesondere also die Reihenfolge ändern, einzelne Namen streichen oder wiederholen. Alle diese Änderungen berühren nicht die Gültigkeit des Wahlzettels, sind aber auch nach § 20 RWG. ohne Einfluss auf das Wahlergebnis. Jeder Stimmzettel, der einem bestimmten Wahlvorschlag zugerechnet werden kann, wird so bewertet, als ob er mit dem Wahlvorschlag völlig übereinstimme. (MO. § 42 Abs. 3.) Bei dieser Rechtslage hat der Wähler sein Augenmerk darauf zu richten, daß er sich durch die Benennung der von ihm gewählten Bewerber eindeutig für einen bestimmten Wahlvorschlag ausspricht. Es genügt, daß auch nur ein Name aus einem Wahlvorschlag genannt wird, also z. B. der erste Name, der nach § 27 MO. zur Bezeichnung des Wahlvorschlags dient. Die Namen auf den Stimmzetteln müssen so genau sein, daß die Zurechnung jedes Stimmzettels zu einem bestimmten Wahlvorschlag möglich ist (vgl. § 42 Biff. 5 MO.) Der Stimmzettel darf kein Kennzeichen, keine Verwahrung und keinen Vorbehalt gegenüber den gewählten enthalten, sonst ist er nach § 42 Biff. 6 MO. ungültig.

Die Verbindung von Wahlvorschlägen im Sinne von § 12 des Reichswahlgesetzes bedeutet eine Vereinbarung darüber, daß bei der Verteilung der Abgeordnetenstimme die verbündeten Wahlvorschläge als ein einziger Wahlvorschlag behandelt werden sollen. Bei der Wahl sind die verbündeten Wahlvorschläge selbst völlig selbstständig. Möglicherweise zeigen sich die Wirkungen der Verbindung von Wahlvorschlägen erst bei der Ermittlung des Wahlergebnisses. Denn hier werden dann die Stimmen, die auf jeden einzelnen der verbündeten Wahlvorschläge entfallen, zusammengezählt und bei der Verteilung der Mandate nach Maßgabe des Stimmenverhältnisses gegenüber den anderen Wahlvorschlägen als Einheit behandelt.

Kunsthonig.

Es ist heute Kunsthonig an die Gemeinden des Bezirks verteilt worden. Auf den Kopf der bezugsberechtigten Bevölkerung (Inhaber der Landesauskarte) entfällt ungefähr 1/2 Pfund.

Dippoldiswalde, den 13. Januar 1919.

Mr. 52 a Mob. II. Der Kommunalverband.

Vom Justizministerium ist zum

Friedensrichter

für den Bezirk: „Johnsbach mit Bärenhede“ an Stelle des verstorbenen Herrn Privatmanns Traugott Herzog in Johnsbach der Waldbauer und Hansbesitzer Herr Ernst Bernhard Dähne in Johnsbach auf die Zeit bis 30. September 1923 ernannt und vom unterzeichneten Amtsgericht endlich verpflichtet worden.

V Reg. 14 I/18. Amtsgericht Dippoldiswalde, den 11. Januar 1919.

Von dem unterzeichneten Amtsgericht ist als Grundhüfthsäher zum Zwecke der Ermittlung der Würdigkeit von Hypotheken, Grund- und Mietenschulden auf landwirtschaftlichen Grundstücken nach den Verordnungen vom 12./12. 1900 und 26./3. 1907 an Stelle des zurückgetretenen Herrn Friedrich Wilhelm Röhlisch in Johnsbach

Herr Gutsbesitzer Arthur Wald Börner in Johnsbach
für den Amtsgerichtsbezirk Dippoldiswalde bestellt worden.
V. Reg. 45 c/18. Amtsgericht Dippoldiswalde, den 11. Januar 1919.

Ausweise für Fleischerfundelisten

werden Donnerstag den 16. ds. Mts. vormittags von 10—12 Uhr im Rathaussaal ausgetragen. Die Ausweise sind unbedingt zu der vorstehend festgesetzten Zeit abzuholen. Eine spätere Abholung wird als kostspielige Amtshandlung betrachtet und mit 50 Pf. Gebühren berechnet. Die Abgabe der Ausweise an den Fleischer, der mit der Fleischlieferung aus Monat Februar beauftragt werden soll, hat umgehend zu geschehen, da bei nicht rechtzeitiger Abgabe des Ausweises von dem betreffenden Fleischer eine Gewähr auf die Belieferung nicht übernommen werden kann.

Dippoldiswalde, am 15. Januar 1919.

Der Stadtrat.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde
Freitag den 17. Januar 1919 abends 8 Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses
Tagesordnung hängt im Rathause aus.

Deutschland für Gemeindebehörden fertigt Buchdruckerei Carl Jähne

Dertliches und Sachsisches.

Dippoldiswalde. Wie vollzieht sich die Abgabe des Stimmzettels? Der Wähler, der seine Stimme abgeben will, nimmt einen abgestempelten Umschlag aus der Hand einer Person, die der Wahlvorstand in der Nähe des Zugangs zu dem Nebenraum oder Nebenzimmer aufgestellt hat. Der Wähler begibt sich sodann in den Nebenraum oder an den Nebenzimmer, stellt dort seinen Stimmzettel in den Umschlag, tritt an den Vorstandstisch, nennt seinen Namen und auf Erfordern seine Wohnung und überlässt, sobald der Schriftführer den Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Stellvertreter, der ihn sofort unverzüglich in die Wahlurne legt. Wähler, die durch Körperliche Gebrechen behindert sind, ihre Stimmzettel in den Umschlag zu legen und diese dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauenperson bedienen. Ausweispapiere (Einwohnerchein, Steuerzettel, Heiratsurkunde oder dergl.) mitbringen!

Wahlversammlungen werden bis zur Wahl zur Nationalversammlung am nächsten Sonntag in unserer Stadt noch abgehalten: von der deutsch-nationalen Volkspartei am heutigen Mittwoch, von der sozialdemokratischen Partei am Donnerstag und von der deutschen Volkspartei am Freitag. — Alle werden sie ihre aufmerksamen Zuhörer und Wähler vereinigen.

Wie uns von der Amtshauptmannschaft mitgeteilt wird, findet Freitag den 17./I. 1919 12 Uhr mittags in der Trainkaserne in Dresden Pferdeversteigerung von schweren, mittleren und leichten arbeitsverdienstfähigen Pferden statt. Rote und weiße Pferdekarten sind vorzugeben. Halsiere sind mitzubringen. Händler haben keinen Zutritt.

Mittlere Niederschlagsmengen (mm oder 1 auf den qm) und deren Abweichungen von den Normalwerten in den benachbarten Flughäfen 1. Dekade Januar 1919. Vereinigte Weizheit: beob. 4, norm. 11, Abw. — 7, Wilde Weizheit: beob. 4, norm. 17, Abw. — 13, Rose Weizheit: beob. 4, norm. 15, Abw. — 11, Müglitz: beob. 2, norm. 15, Abw. — 13.

Bärenfelde. Die kürzlich gegründete Ortsgruppe der deutsch-nationalen Volkspartei veranstaltete am Sonntag eine starkbesuchte Volksversammlung. Nach Begrüßungsworten des Herren Postverwalter Meyer sprach Herr Schriftsteller Pöschl aus Dresden klar und packend über die gegenwärtige Lage und ihre Ursachen. Er betonte und rechtfertigte die Scheidung der deutsch-nationalen Volkspartei von links und führte den Anwesenden ihre nationale Pflicht bei den Wahlen deutlich vor Augen. Schriftliche Anfragen beantwortete Herr Pöschl umgehend mit größter Sachlichkeit. Zum Schluss sang man stehend „Deutschland über alles“.

Hermendorf-Rehfeld. Schwarzes Leid brachte der Krieg in die Familie des Weichenwäters auf biesigem Bahnhofe Hermann Zimmermann, indem ihr die Trauer-nachricht zinging, daß ihr bisher als vermisst geführter 25-jähriger Sohn und Bruder, Schütze Kurt Zimmermann, am 15. Oktober in Flandern den Helden Tod fürs Vaterland in harten Kämpfen erlitten habe. Die Gedächtnissfeier für den gefallenen, schon lange in fremder Erde schlafenden Helden findet Sonntag den 26. Januar in biesiger Kirche statt.

Altenberg. Die biesigen Stadtverordnetenwahlen fanden am Sonntag unter reger Beteiligung, auch seitens der Frauen und Mädchen, statt. Von 878 Berechtigten übten 767 oder 88 % ihr Wahlrecht aus. Auf den bürgerlichen Wahlvorschlag Ranvier Noack entfielen 275, auf den sozialdemokratischen Wahlvorschlag Lagerhalter Nock 497 Stimmen. Nach der Bekanntmachung des Wahlkommissars sind gewählt aus der bürgerlichen Liste drei Stadtverordnete und zwei Ersatzmänner, aus der sozialdemokratischen Liste sechs Stadtverordnete und vier Ersatzmänner.

Liebenau. Der biesige Feuerschaden-Briant-Unter-

Die Mitglieder der Kranken- und Begräbnisskasse für selbst. Gewerbetreibende,
welche vom Beredsamt bestimmt sind, haben freien Eintritt, wenn dieselben sich binnen 4 Wochen nach ihrer Enthaltung zur Kasse anmelden.

3. Mende, Vorsteher.

Stiftungsverein, welcher in 32 Ortschaften mit annähernd 1100 Mitgliedern besteht, ist im vorigen Jahre von einem Feuerbrand nicht betroffen worden. Die Mitglieder sind infolgedessen von einer Beitragsleistung befreit geblieben. Es ist das seit dem 38-jährigen Bestehen des Vereins das dritte Mal, daß ihm ein Frei Jahr vergönnt ist, das sich höchstens recht bald einmal wiederholt.

Dresden. In der Zahl der Entscheidungen steht Sachsen obenan! Während in Preußen im Jahre 1915 6942 Entscheidungen vollzogen wurden, waren aus Sachsen 1149, also in Preußen auf rund 6000 Einwohner, in Sachsen auf 5000 Einwohner je eine Entscheidung. Auf 100 000 Einwohner in Preußen entfielen im Durchschnitt in den Jahren 1910 bis 1914 25,4, in Sachsen 36,3 Entscheidungen, in Bayern aber nur 15,5, in Württemberg nur 14,1.

Die beiden Fürsten- und Landesschulen St. Afra und Grimma haben durch den Weltkrieg 1914 bis 1918 an ehemaligen Schülern schwere Verluste erlitten. St. Afra hatte nach dem gedrückt vorliegenden Ecce 281 Verstorbene, unter diesen 174 Opfer des Krieges, Grimma 263 Verstorbene, darunter 150, die im Felde, in Lazaretten usw. einen frühen Tod gefunden haben. Es sind somit 517 überhaupt aus der Reihe der Lebenden geschieden. Im Jahre 1918 sandten von St. Afra 25 den Helden Tod, von Grimma 31.

Leipzig, 12. Januar. Eine stark besuchte Studentenversammlung nahm eine Entschließung an, in der u. a. gegen die eigenmächtige Schließung des Werbebüros des 19. Armeekorps für den Grenzschuh im Osten und die gewaltsame Verhinderung von Truppentransporten der Reichsregierung durch den Leipziger U- und S-Rat Einspruch erhoben wird. In der ersten Maßnahme erkennt die Versammlung ein Verbrechen gegen unsere schwerbedrängten Kameraden und Soldaten im Osten, denen die Unwerbung Hilfe bringen wollte; in der zweiten eine offene Unterstützung der Berliner Spartakisten.

Die Leipziger Fuhrleute sind in den Ausland getreten. Sie fordern einen Wochenlohn von 72 M.

Crimmitschau, 13. Januar. Die „Stadt- und Landeszeitung“ meldet: Ein Großfeuer brach heute nachmittag gegen 1/2 1 Uhr in dem Betriebe der Spinnerei Karl Pötzsch in Crimmitschau-Neukirchen aus. Durch das Sichlaufen einer Welle der Transmissions im Erdgeschoss des großen vierstöckigen Spinnereigebäudes verbreitete sich das Feuer mit rasender Schnelligkeit durch den Transmissionschacht in allen vier Stockwerken. Ein Teil der im Betriebe beschäftigten Arbeiter konnte nicht rechtzeitig den Weg ins Freie finden, so daß bei dem Brande auch insgesamt 9 Menschen verbrannten und viele verletzt wurden.

Viele Nachrichten.

Die Polen von den Ukrainern geschlagen.

Wien, 13. Januar. Nach der „Slawischen Rote“ wird aus Stanislau gemeldet: Der Bericht des ukrainischen Generalstabs vom 8. d. M. besagt, daß die Polen südlich von Lemberg mit 2 1/2 Divisionen zur Offensive übergingen, von den Ukrainern aber geschlagen wurden und 300 Tote und Verwundete zurückließen. Die Ukrainer erbeuteten 7 Maschinengewehre und machten 70 Gefangene. Nach dem Bericht des ukrainischen Generalstabs vom 11. d. M. haben die Ukrainer Michnow nördlich von Lemberg genommen, dagegen die Polen im Gebiete von Zoliew ihr Vordringen unter großen Verlusten so gestoppt. Zwischen Nowawyska und Zoliew haben die Polen 1000 Tote und Verwundete verloren. Bei Lemberg dauert der Geschäftskampf an.

Ausweisung der Deutschen aus Belgien.

Basel, 14. Januar. Der belgische Ministerrat beschloß einstimmig die Ausweisung aller sich noch in Belgien aufhaltenden Deutschen.

Eine Rundgebung

der elsäss.-lothringischen Autonomisten.

München, 13. Januar. Der Ausschuß der elsäss.-lothringischen Autonomisten erläutert eine neue Rundgebung, in der er sehr leicht versteht, daß die französische Regierung sich irre, wenn sie glaubt, im Jahre 1919 über Elsass-Lothringen wie über eine Sache verfügen zu können. Das elsäss.-lothringische Volk werde seine geschichtlich begründeten unveräußerlichen Rechte nimmer mehr aus den Händen geben.

Dänische Wurstkonferen.

(Blut- und Leberwurst in Dosen von je 1 kg) sind den Verkaufsstellen überwiesen worden. Jede Kuhhalle hat Anspruch auf 1 kg-Dose. Die Abgabe erfolgt gegen Vorlegung der Brotausweiskarten, die von dem Verkäufer mit einem Vermerk versehen sind. Der Verkaufspreis beträgt 10 M. für 1 kg-Dose Blutwurst, 12,40 M. für 1 kg-Dose Leberwurst.

Stadtrat Dippoldiswalde.

Nach einer Anzeige ist das auf Emma Müller in Beerwalde lautende Sparkassenbuch Nr. 42544 unserer Sparkasse abhanden gekommen.

Der Inhaber des Buches wird aufgefordert, seine Ansprüche darauf bei deren Verlust binnen 3 Monaten bei unserer Sparkasse anzumelden.

Stadtrat Dippoldiswalde, am 14. Januar 1919

Sparkasse Höckendorf.

Wegen der stattfindenden Wahl zur Nationalversammlung ist unsere Kasse

Sonntag den 19. Januar d. J. geschlossen.

Die Sparkassenverwaltung.

Berliner Dachschützen-Krieg.

Der Kampf gegen Spartakus hat, nachdem seine Hauptstützpunkte verloren sind, den Charakter des Kleinstrieges angenommen. Die Organisation der Spartakusleute, soweit sie überhaupt bestanden, sind aufgelöst und die zerstreuten Reste führen jetzt einen Dachschützenkrieg, nach Art der Franktireurs und der belgischen Hedschikschén, nur daß der Schauplatz des Kampfes auf den Dächern liegt. Der Zweck des Kampfes ist ersichtlich der, die Bevölkerung nicht zur Ruhe kommen zu lassen und die Wahlen am kommenden Sonntag unmöglich zu machen.

Die neue Kampfsmethode stellt an die Regierungstruppen nicht geringe Anforderungen. Bald hier, bald da tauchen auf den Dächern verwegen Gestalten auf, postieren sich mit Maschinengewehren hinter einem Schornstein oder Vorbau und fangen an, die Straßen unter Feuer zu nehmen.

Die Abwehr durch die Regierungstruppen hat ganz systematisch eingesetzt. Haus für Haus wird durchsucht und so allmählich ein Viertel nach dem anderen gefärbt. Freilich ist das eine mühsame Arbeit, wenn auch alle Requisiten des modernen Kampfes als Hilfsmittel angewandt werden, nach Eintreten der Dunkelheit zum Beispiel Scheinwerfer und Leuchtraketen. So wird man sich wohl in Berlin noch für einige Zeit auf den Fortgang dieses Dachschützenkrieges einzustellen müssen, bis auch in den Welt der Schornsteine wieder Ruhe herrscht.

Seit Montag nachmittag ist es in der südlichen Friedrichstadt wieder recht unsicher geworden. Die Straßenzüge vom Halleschen Tor bis zur Snelzenaustraße und zum Anhalter Bahnhof, die südlichen Teile der Linden- und Friedrichstraße hallten von Gewehrschüssen und Maschinengewehrsalven wider und mußten vielfach für den Fußgängerverkehr abgesperrt werden. Besonders unruhig wurde es von den sechsten Abendstunden ab am Halleschen Tor.

Dort hatten sich Spartakiden auf einem Dach eingestellt und bestrichen mit einem Maschinengewehr abwechselnd die Linden- und Belle-Alliance-Straße. Ein anderes Verbrechernest befand sich auf einem Dach in der Kleinbeergerstraße und schoß von dort nach der Dragonerlaube und dem Vorwärtsgebäude in der Lindenstraße. Als Sicherheitsposten das Haus am Belle-Alliance-Platz durchsuchen wollten, wurden plötzlich vom Dach mehrere Handgranaten geworfen, die Straßengänger verletzten. Um die Verbrecher unter Feuer zu bekommen, postierten sich schließlich auf dem Dach des Hauses Lindenstraße 3 und auf dem Jandorfschen Warenhause am Belle-Alliance-Platz Regierungstruppen mit Maschinengewehren und bestrichen die verdächtigen Dächer mit zahlreichen Salven, so daß die Gegner bald zum Schweigen gebracht wurden.

Einen aufregenden Vorsatz gab es in der Friedrichstraße. In der Nähe der Markthalle fiel plötzlich ein Gewehr von einem Dach auf die Straße und bald darauf auch ein durch einen Schuh getöteter Soldat. Ausweisepapiere wurden bei ihm nicht gefunden, so daß es sich vermutlich um einen Spartakusanhänger handelt. Ebenso wurde in der Neuenburger Straße auf einem Dach ein Turm erschossen, bei dem man eine Handgranate fand.

Die Regierungstruppen haben den Befehl erhalten, schonungslos gegen die gemeinfestlichen Unruhestifter vorzugehen, und seitens der Kommandantur wird mit aller Schärfe planmäßig die Säuberung der Spartakusnester fortgesetzt. In allen Bällen, wo Meldungen von Hausbewohnern über verdächtige Personen auf Hausböden erstattet werden, sind die Sicherheitsposten angewiesen, eine sofortige Durchsuchung vorzunehmen.

Am späten Abend kam es auch in der Vollstraße, etwa an der Einmündung der Dennewitzstraße, zu einer Schiefererei von und auf die Hoch- und Untergrundbahnen. Es entwickelte sich ein Feuergefecht mit Gewehren und Maschinengewehren, das rund eine halbe Stunde dauerte.

Wo sind die Spartakusführer? Kadel ist bestimmt nicht mehr in Berlin. Von Liebknecht und Eichhorn ist bis zur Stunde jede Spur verschwunden. Doch hofft man, daß die Nachforschungen Anhaltspunkte für den Verbleib der beiden Haupt-Spartakusführer ergeben werden. Die Schwester Liebknechts soll verhaftet sein, doch ist diese in den fünfzig Jahren stehende Dame politisch nie hervorgetreten. Die Wohnung Karl Liebknechts in Siegmar ist militärisch besetzt. Liebknecht hat seine Wohnung seit Ausbruch der Spartakusunruhen nicht mehr benutzt. Seine Frau und sein ältester Sohn lieb-

zu sich jedoch dauernd darin auf, während sein ältester Sohn ebenfalls mit der „Vorwärts“-Besetzung gefangen genommen worden ist.

Die revolutionären Obleute.

Bei den letzten Kämpfen wurden auch Mitglieder des Spartakusbundes, darunter das Originaleichen des „revolutionären Obleute“ der Berliner Großbetriebe, erbeutet. Die meisten Namen und Betriebe sind in der Mappe doppelt eingetragen, um die Zahl etwas größer erscheinen zu lassen. In der Liste selbst steht kein Mann, der in der Berliner Arbeiterbewegung bekannt ist. Die wahren Gewerkschaftlichen Beraternisse der genannten Betriebe, die wahren Obleute der Großbetriebe in der Berliner Metallindustrie, stellen zu diesen angeblichen revolutionären Obleuten auch nicht einen Mann.

Die Darstellung der wahren Machtverhältnisse der Spartakiden ist außerordentlich notwendig. Es wird hier ganz offenbar, daß die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft mit diesem Häuslein Fanatiker und Verbrecher nichts zu tun hat.

Spartakiden schicken auf Verwundete und Sanitäter.

Ein charakteristisches Beispiel dafür, wie die Spartakiden in ihrem Kampf gegen Andersdenkende in der rücksichtslosen Weise vorgehen, bietet folgender Vorgang: In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag verbanden Sanitäter vor dem Postamt 19 mehrere Verwundete. Trotzdem in der Nähe auf der Straße das dazu gehörige leicht erkennbare Sanitätsauto stand, so daß es jedem sofort klar war, es handele sich um Verwundete und Sanitätspersonal, beschossen doch Spartakiden diesen Verbandsplatz. Der konnte man der Täter nicht habhaft werden.

Die verhafteten Spartakisten.

Die bei den Kämpfen im Zeitungsviertel und um das Polizeipräsidium gefangenen Spartakisten sind zum großen Teil in der Militärabteilung des Generalgefängnisses in Zehlendorf untergebracht worden. Dort befinden sich etwa 200 Gefangene, die überwiegend nach dem Untersuchungsgefängnis in Moabit und nach anderen Strafanstalten gebracht worden.

In den meisten Fällen hat sich ergeben, daß es sich um politisch vollkommen unrechte Menschen handelt, die durch Versprechungen oder durch die Angst, in dem Wertware rauben und plaudern zu können, dazu veranlaßt worden waren, sich bewaffnen zu lassen und zu kämpfen. Die Verhafteten wollen ausschließlich durch einen unglücklichen Zufall an den Ort der Kämpfe gelangt sein, keiner von ihnen will geschossen, geraubt oder geplündert haben. Sie bezeichnen sich zum Teil als harmlose Passanten.

Opfer der Kämpfe.

Vor dem Hause Friedrichstraße 36 wurde ein etwa 25 Jahre altes Mädchen durch einen Gewehrschuß schwer verwundet. Auch Marineoffiziere fielen den Straßenkämpfen zum Opfer. U. a. sind der Leutnant z. S. Goedde und der Leutnant d. R. der Matrosenartillerie Büren beim Angriff gegen das Ullstein-Haus schwer verwundet worden und ihren Verletzungen erlegen.

Den Schiehereien ist durch eine verirrte Kugel auch der Leiter der Charlottenburger Kriminalpolizei, Dr. Richter, zum Opfer gefallen. Er erhielt einen Bauchschoß und starb im Krankenhaus Westend.

Der Sanitätsdienst.

Seit Beginn der Gegenrevolution am 6. Januar ist in der Gefahrzone ein Sanitätsdienst eingerichtet worden. Achtzig Sanitätsmannschaften, zum Teil aktive Unteroffiziere, ferner Krankenpfleger, Krankenträger und Krankenschwestern haben in aufopferungsvoller Weise Tag und Nacht gearbeitet, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Zwei bis drei Stunden Schlaf, bei zuerst ungewohnter Verbissigung, vor die ganze Ruhe, die sich die Sanitäter leisteten. Sie erfüllten ihre Aufgabe vielfach im Regen und durften keine Rücksicht darauf nehmen, daß von den Spartakisten oft genug auf die Träger der Roten Kreuz-Armblätter geschossen wurde.

Politische Isolierung der Spartakisten.

Die Verhandlungen über eine Einigung zwischen den Führern des rechten Flügels der Unabhängigen und der Mehrheitssozialdemokratie werden, nachdem die Lage sich durch die Vertreibung der Spartakisten geklärt hat, fortgesetzt. Entscheidungen sind noch nicht getroffen. Es besteht ein harter Wunsch nach einer Einigung, die jedoch bindende Abmachungen zur Voraussetzung hätte. Es würde sich um vollständige Isolierung der Spartakisten und ihrer unabhängigen Anhänger und um Garantien für die weitere Arbeitsfähigkeit der Regierung handeln. Nur unter diesen Voraussetzungen dürfte eine Einigung möglich sein. Davon würde es dann auch abhängen, ob in der Zusammensetzung des Kabinetts irgendeine Veränderung eintreten soll.

Die Entwaffnungskktion der Regierung.

Ganz Moabit abgesperrt.

Eine völlige Absperrung des Stadtteils Moabit durch ein großes Aufgebot Regierungstruppen versehnte Dienstag vormittag Berlin in nicht geringe Aufregung. Es entstanden die wildesten Gerüchte, man fürchtete bevorstehende Straßenkämpfe und glaubte, daß sich die Vorgänge der letzten Woche wiederholen könnten. Es handelt sich aber um eine großangelegte Aktion der Regierung, durch die das Gebot der Waffenablieferung für jedermann, der nicht zur Ausübung seiner dienstlichen Funktion einer Schußwaffe bedarf, lückenlos durchgeführt werden soll.

Beginn der Absperrung.

In den frühen Morgenstunden rückten von verschiedenen Seiten zahlreiche Truppen in Moabit ein. Die Garde-Schützen-Division, das Freiwilligen-Regiment Steinhardt und die eiserne Marine-Division waren zusammengezogen worden und schlossen Moabit von dem übrigen Berlin ab. Unter den Truppen, befindet sich

auch Artillerie,

von der zwei Feldgeschütze und zwei Minenwerfer in der Huttenseite Aufführung nahmen. Weitere Geschütze stehen im kleinen Tiergarten, wo sich im Laufe des Vormittags ein förmliches Heerlager entwickelte. Dort wurden die Reservetruppen angesammelt, und auch die Truppenteile, die für besondere Aktionen in Aussicht genommen waren, halten sich dort in Bereitschaft.

Die von der Regierung beabsichtigte Entwaffnung verläuft planmäßig. Alle Passanten, die die Sperrfeste durchschreiten, werden

auf den Besitz von Waffen untersucht.

Die Männer wurden abgeführt und ab und zu wurde auch eine Begutachtung verlangt. Bei Frauen war man weniger streng.

Während ein Teil des Militärs die Straßen nach Waffen absuchte, gingen kleine militärische Trupps in die Wohnungen. Gewöhnlich erschienen vier Männer unter Leitung eines Unteroffiziers oder Offiziers und fragten dort nach Waffen. Auch hier spielt sich die Handlung in durchweg vorbestimmten Formen ab. Es sollen zwar in einzelnen Wohnungen Widerstände erhoben werden sein, aber im großen und ganzen hat das Publikum sich sofort den Anordnungen gefügt.

Alle Fabriken, die großen Mühlen, andere industrielle Unternehmungen, sind militärisch besetzt. Der Generalstreik ist zum großen Teile beendet. Man arbeitet wieder. So ist die gesamte Belegschaft der Aktiengesellschaft Ludwig Loewe, die immer als politisch stark nach links orientiert gilt, Dienstag früh zur Arbeit angetreten.

Die Matrosen im Ausstellungspark

haben ihre Waffen abgeliefert. Es ist dabei zu keinerlei Zusammenstößen gekommen. Sie haben sich dem Gebot der Stunde ohne weiteres unterworfen.

Die Matrosen bleiben unbewaffnet im Ausstellungspark, in ihrem Quartier, zur Verfügung der Regierung.

Das Untersuchungsgefängnis

in Alt-Moabit, wo man Befreiungsversuche der in Untersuchungshaft genommenen Spartakisten befürchtete, ist militärisch so gesichert, daß sich die Vorfälle des 9. November nicht wiederholen werden.

Die Siemens-Schuckert-Werke sind bereits seit Donnerstag, seit sie von Spartakiden angegriffen wurden, von Regierungstruppen besetzt. In den Werkstätten wird gearbeitet, eine Streikbewegung existiert nicht, der Teil der Belegschaft, der fehlt, ist nur durch die Verkehrsverhältnisse am Kommen verhindert.

Die Kämpfe in Posen.

Über die Lage um Bromberg wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß man der Entwicklung der Dinge mit voller Zuversicht entgegenstehen kann, und daß zurzeit kein Grund zu irgendwelcher Unruhe besteht. Schubin, Biinn und Labischin bestanden sich in polnischem Besitz, ebenso sind die Polen in Neiwalde eingezogen, während die deutschen Truppen den Übergang über den Kanal bei Neiwalde noch hielten. Die deutschen Streitkräfte halten die Linie Gielle-Bielnił-Kozort-Hopfengarten.

Der Angriff gegen Königsberg konnte wegen Überlegenheit der Polen nicht weitergetragen werden. Die kleine von den Polen in Königsberg eingeschlossene Besatzung (es waren 52er) hat sich aber durch den polnischen König durchgeschlagen. Die deutschen Kräfte stehen nun auf der Linie Groß-Schmolzen-Wojnowo am Obra. Die Hauptmasse der Polen ist über Königsberg hinaus mitgegangen. Polnische Patrouillen stießen aber bis in die Gegend von Büllichau vor.

Im Kreise Büllichau ist man nun mehr zur Gründung von Heimatkompagnien geschritten, die aus der einheimischen Bevölkerung rekrutiert werden und sich ihre Führer aus dem vorhandenen Offiziersmaterial selbst wählen. Der Angriff am Sonnabend erfolgte, nachdem die Polen Königsberg besetzt und die kleine deutsche Besatzung eingeschlossen hatten.

General Dowbor-Musnicki ist von dem Obersten polnischen Volksrat zum Oberkommandierenden der polnischen Streitkräfte ernannt worden. Er ist dieser Tage mit seinem Stabe aus Warschau eingetroffen.

Die Wahlen zum polnischen Landtag.

Aus Warschau wird dem „Dienstleist. Poznan“ berichtet: „Wie wir erfahren, daß in Anbetracht dessen, daß die Wahlen zum polnischen Landtag im preußischen Teilgebiet von den Deutschen unmöglich gemacht werden, die Vertreter Großpolens der Warschauer Regierung den Vorschlag gemacht haben, den Obersten Volksrat den Eintritt in den Landtag zu gestatten. Zu einer Verständigung mit der Regierung ist es in dieser Angelegenheit nicht gekommen, weshalb die polnischen Landestiere des fröhlichen preußischen Teilgebietes im Landtag nicht vertreten sein werden.“

Dazu bemerkt das Posener Blatt: „Eine solche Wendung der Dinge ist einfach unzulässig. Ein Landtag ohne Beteiligung des ältesten Teilgebietes Polens wäre keine nationale Volksversammlung, hätte nicht die Macht, im Namen des ganzen Volkes zu sprechen.“

Werbung zum Eintritt in das polnische Heer.

Gegenwärtig findet in Posen eine rege Werbätigkeit zum Eintritt in das polnische Heer statt. Es werden öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten, in denen alle stellungsfreien Männer aufgerufen werden, sich freiwillig dem polnischen Heere zur Verfügung zu stellen.

Der Posener Arbeiter- und Soldatenrat hat mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse seine Auflösung beschlossen.

Zwischen Krieg und Frieden.

Gegen polnische Annexionsbestrebungen.

(Amtlich) Tagtäglich laufen zahlreiche Kundgebungen aus Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Oberschlesien bei der Reichsregierung ein, in denen die deutsche Bevölkerung gegen die polnischen Annexionsbestrebungen Widerstand erhebt und ihren unerschütterlichen Willen zum Ausdruck bringt, mit dem Deutschen Reich vereint zu bleiben.

Die Bevölkerung Ost- und Westpreußens, Posen und Schlesiens kann überzeugt sein, daß die Reichsregierung sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen wird, daß deutsche Gebiete nicht aus dem Reichsverbande ausscheiden.

Besetzung von Danzig und Thorn durch die Amerikaner.

Noch einer Meldung des „Temps“ stimmte auf dem außerordentlichen Kriegsrat Amerika der Besetzung von Danzig und Thorn zu. Amerika wird ein Expeditionskorps entsenden.

Konstanz besetzt?

Uller Wahrscheinlichkeit nach werden die Franzosen Konstanz besetzen, weil dort die Spartakisten die Bürgerwehr entwaffnet und sich in terroristischer Weise betätigten.

Proteststreik der Düsseldorfer Beamten.

Sämtliche Beamte der Post und des Telegraphenamtes Düsseldorf haben zum Protest gegen das Treffen der Spartakisten ihren Dienst eingestellt. Aus dem gleichen Grunde ruhte der Eisenbahnbetrieb vollständig. Dagegen ist es gelungen, eine Arbeitsleiderei der städtischen Beamten zu vermeiden. Der Landeshauptmann der Rheinprovinz hat sich aus Sicherheitsgründen auf das linksrheinische Gebiet begaben. — Der aus dem aufgelösten Arbeiterrat hervorgegangene Spartakistisch geführte Zugangsausschuss hat u. a. die Beschlagnahme von vier großen Düsseldorfer Hotels zum Zwecke der Beschaffung von Kleinwohnungen verfügt, weil aus diesen Hotels am Freitag angeblich geschossen wurde. Bahn- und Postverkehr sind wieder aufgenommen worden, nachdem die Spartakisten sich gezwungen gesehen hatten, die Bewachung wieder aufzuheben.

Die unterbrochene Minenräumung.

Die Besetzungen sämtlicher Minenfahrzeuge weigern sich, wie die „Köln. Volkszeitung“ von gutunterrichteter Seite erzählt, in See zu gehen, weil sie so höhere Zugaben verlangen wollen. Die Forderungen gehen, abgesehen von den Lebensversicherungen, bis zu 100 Mark für den Mann und den Tag. Das würde für das Reich eine Ausgabe von 400 Millionen Mark bedeuten. Gegenwärtig ruht jede Minenräumung in der Ost- und Nordsee, so daß weder die Hochseefischerei noch die Seeschifffahrt betrieben werden können. Wie die „Köln. Volkszeitung“ weiter hört, ließ die Entente anfragen, wann die Begräumung der Minen vor unseren Küsten erfolge.

Nienstreit in Argentinien.

Meldungen aus Buenos Aires besagen: Im Straßenkampf zwischen Streitenden und Regierungstruppen wurden 72 Personen getötet, 81 ernstlich und 800 leicht verwundet. Bis Mitternacht wurde geschossen. General Dellapine hat das Streikkomitee erzählt, seine Forderungen zu unterbreiten.

Über den Streik wird weiter gemeldet: Der Streik hat sich nun mehr über ganz Argentinien ausgedehnt. Matrosen der Kriegsschiffe patrouillieren gemeinsam mit Polizeitruppen durch die Stadt. Es wurden 10 000 Mann weißer Garde zur Unterstützung der Regierung mobilisiert. In Montevideo sind anarchistische Unruhen ausgebrochen. Einzelheiten darüber fehlen noch. General Dellapine hat die Militärdiktatur verkündet.

Heimkehr der aus der Türkei ausgewiesenen Deutschen.

Der erste Transport der aus der Türkei ausgewiesenen Deutschen, 600 Personen, darunter das Personal der Botschaft und des Konsulats, ist in Breslau eingetroffen und nach Minden weitergefahren. Der Transport verließ Konstantinopel am 20. Dezember und ging über Triest, Benevent, Verona und den Brenner nach Deutschland.

Ein lokaler Gegner.

Nach einer Wiener Meldung erklärte Oberstleutnant Cunningham in der „Neuen Freien Presse“:

„Ich befeile mich, die Worte, die mir bezüglich der Grausamkeit der Deutschen in den Mund gelegt wurden, vollständig zurückzuweisen. Ich selbst bin der Ansicht, daß wir jetzt alle wünschen, die Greuel des Krieges zu vergessen. Ich bin stets darauf bedacht gewesen, ritterliche Gefühle zwischen den alliierten Staaten aufrecht zu erhalten, wenn sie auch bedauerlicherweise in blutige Kämpfe verwickelt wurden.“

Der Belagerungszustand in Oberschlesien.

Am Montag ist der Belagerungszustand über fünf Kreise des Bezirks Tarnowitz verhängt worden. Von Dienstag ab ist auch über Kreis und Stadt Tarnowitz der Belagerungszustand erklärt worden.

Das freie deutsche Volk will nicht die unsichere Politik einer die Schwenkenden an sich ziehenden Mittelpartei, die weder nach rechts noch nach links die rechten Grenzen zieht.

das freie deutsche Volk braucht zu seiner Erhebung klare Orientierung, feste Ziele, Mut zur Tat!

Wählt darum zur Nationalversammlung mit den Namen

Nitzschke, Steinsdorf, Külz, Stritt, Kraft

die Kandidaten der

Deutschen Demokratischen Partei.

Chrentafel für deutsche Tapferkeit und Ehre.

Aus der Verlustliste Nr. 573
der sächsischen Armee.

7. Infanterie-Regiment Nr. 106.
Weigelt, Otto, Grauenstein, I. v.
Zimmermann, Kurt, Kreischa, gefallen.
Bormann, Arthur, Seifersdorf, vermisst.
Bellmann, Edwin, Friedersdorf, vermisst.
Börner, Arthur, Großolza, vermisst.
Götsch, Arthur, Dippoldiswalde, vermisst.
Hause, Max, Kreischa, vermisst.
Schützen-(Füsilier-)Regiment Nr. 108.
Heilig, Gustav, Seifersdorf, I. Gefg. d.
Reichel, Max, Sergeant, Reichstädt, I. v.
Gleibisch, Otto, Bärenstein, I. v.
Reichel, Paul, Bärenstein, I. v., b. d. Tr.
Zimmermann, Martin, Bärnsdorf, I. v.
Orgus Adolf, Schleitwitz, schw. v.
Zimmermann II, Kurt, Hermsdorf, vermisst.
Eßhme, Willy, Grauenstein, bisch. vermisst, war verw. z. Eis-Tr. zur.
Schöne, Emil, Höhdendorf, bisch. vermisst, i. Geigisch.
3. Artillerie-Bataillon Nr. 23.
Grumpel, Karl, Rüdenhain, I. v., b. d. Tr.
Groß, Max, Bödigen, inf. Krankb. i. ein. Gefl. laz. gestorben.
13. Artillerie-Bataillon Nr. 190.
Steiniger, Paul, Cunnersdorf, gefallen.

Sächsische Staatsangehörige in außerordentlichen
Truppenteilen.
Preußen.

Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 25.
Ruppicht, Rudolf, Schmiedeberg, gefallen.

Endere Kisttenarten liefert Karl Zehne.

Briefbogen
und Umschläge
druckt Buchdruckerei Zehne.

Ehneidemüller,
sachlich und zuverlässig, zum
sozialen Einstieg geeignet.
Dergleichen auch ein-

Lehrling,
Sohn reicher Eltern, für
sofort oder später.

Sägewerk R. Häntschel,
Langenau bei Kreischa.

Ein Konsumanden-
Steuertbuch
ist in der Stadt

verloren

worden mit Namen Ella
Wölter Obwohl d. Lohnbüro

Eine
Wirtschafterin

wird für sofort gesucht. Zu
erf. in d. Geschäftsstelle d. Bl.

Pianino
zu Fuß z. Lauf gehucht. Dif. m.
Preis. Firma u. Horburg erb.
u. R. W. 066 Invalidenstr. Dresden.

Raupe
Schlacht-
pferde

zum Schlachtpreise.

W. Lieber,

Rohschlachtterei

Dippoldiswalde, Greifberger

Straße 237, Telefon 97

Sind bereit, bei Kranken

Pferden zu wochen.

Bei Schlachtungen bin ich

mit Transportwagen schnell

hans zur Stelle.

Empfiehlt mich als

Pferdehalter.

Pferde

jeden Schlages kauft, ver-

kauft und tauscht ein unter-

reeller Bedienung

P. Wolf, Dippoldiswalde,

Fernsprecher Nr. 175.

ein gutes gebrauchtes

Damen-Fahrrad

zu kaufen gesucht. Angeb.

zu Preisangebote unter R.

Z. 15 an die Gesch. d. Bl.

Dreherlehrlinge Schlosserlehrlinge

für Ostern 1919 feucht.

Günstige Bedingungen. 3 Jahre Lehrzeit.

Armaturenwerke Blanke & Raßt
Dippoldiswalde i. Sa.

Biß zum eine Beilage

Möbel fabrik Max Trips
Inh. Albin Wauer

Dresden-N., Königsbrücker Str. 56

Ausstellung von ca. 250 Musterzimmern in
jeder Preislage und für jeden Geschmack.

Achtung!

Hierdurch weisen wir nochmals darauf hin, daß
jämmerliches Säckereien sowie Abfuhr der Säcke und das
Betreten unseres Waldgrundstückes nach § 368 Absatz 9
bei Strafe strengstens verboten ist.

Döbrou, den 15. Januar 1919.

Herrn. Schulzes Erben.

Dank.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme sowie für den reichen Blumenschmuck,
welcher uns beim Hinscheiden unserer lieben
Mutter, Groß-, Schwiermutter, Schwester
und Schwägerin.

Ernestine Wilhelmine Büttner
zuteil geworden sind, sagen wir allen unsern
innigsten Dank.

Obercarsdorf, den 15. Januar 1919.

Die trauernden Kinder.

Frauen!
geht wählen!

Aufwartung
für einige Vormittagsstunden
bei Fr. Nitschke, Herrngasse.



Die Beisetzung unseres lieben
entschlafenen

Herbert

erfolgt Freitag nachm. 1/43 Uhr
vom Trauerhause, die Trauer-
feier 1/44 Uhr in der Nicolai-
kirche.

Oberhässlich.

Die trauernde Familie Welde.



Für die warme Teilnahme und
schöne Blumenspende beim Heim-
gang unseres teuren Entschla-
feten danken herzlichst

Dippoldiswalde, 10. Januar 1919.

Frau verw. Oberförster Richter
und Kinder.

Deutschnationale Volkspartei.

Mittwoch den 15. Januar 8 Uhr abends
im Saale der Reichskrone zu Dippoldiswalde

öffentl. Wählerversammlung.

Herr Kaufmann Curt Fritzsche — Dresden spricht über:

„Deutschlands Zukunft“

Alle Wähler und Wählerinnen von Dippoldiswalde und Umgebung sind zu dieser Versammlung herzlichst eingeladen.

Deutsche Volkspartei.

Am Freitag den 17. Januar 1919 abends 1/28 Uhr

Große öffentliche Versammlung

im Saale der „Reichskrone“.

Nebner: Schriftsteller Berger,
Frl. Dr. Herwig.

Ausließlich freie Aussprache.

Kommt alle!

Gefängnisstrafen für deutsche Industrielle.

Im Waffenstillstandsabkommen war auf Vorschlag der deutschen Kommission eine Bestimmung aufgenommen worden, daß niemand wegen Beteiligung an kriegsmägnahmen nachträglich belangt werden dürfe. Trotzdem werden im besetzten Gebiet von den Franzosen fortgesetzt Personen festgenommen, welche vom Feinde Maschinen kaufte, die aus dem besetzten Gebiet kamen.

Zurzeit sind eine große Anzahl Werkleiter bekannter industrieller Unternehmungen verhaftet und in Gefängnis untergebracht.

Gegen diese Verlegung des Waffenstillstandsabkommen durch die Franzosen hat die deutsche Regierung in Spaas Einspruch erheben lassen.

Freies Wahlrecht für Heeresangehörige.

Das Kriegsministerium teilt auf Grund von aufgetretenen Zweifeln mit, daß es jedem Heeresangehörigen selbst überlassen bleibt, welcher Partei er bei den Wahlen zur Nationalversammlung seine Stimme geben will, und daß dabei nur ein eigenes Gewissen und seine innerste Überzeugung als Richtschnur dienen dürfen.

Rückführung des Krankenpflegerpersonals.

(Amtlich) Es gehen beim Kriegsministerium vorliegt Anträge auf sofortige Rückführung des in den besetzten Gebieten zur Pflege der verwundeten und kranken Heeresangehörigen zurückgebliebenen Krankenpersonals ein. Eine sofortige Rückführung kann nach den Waffenstillstandsvereinbarungen nicht verlangt werden. Doch wird mit allen Mitteln versucht werden, diese Rückführung nach Möglichkeit zu beschleunigen.

Wenn auch die feindlichen Regierungen um eine Liste des zurückgebliebenen Personals ersucht worden sind, ist es doch erwünscht, daß die Angehörigen genaue Adresse (Name, Dienstgrad, Art der Beschäftigung, Lazarettadresse, letzter Aufenthaltsort) an das Kriegsministerium, (Sanitätsdepartement) einsenden, damit die betreffenden Personen von hier aus ausdrücklich angefordert werden können.

Eine Bartholomäusnacht im Baltikum.

Der bisherige Gesandte im Baltikum, Herr Winnig, teilt folgendes mit:

In Riga und den übrigen von den Bolschewiken besetzten Teilen Livlands und Kurlands herrschen äußerst schlimme Zustände. Nach dem Einrücken der Bolschewiks haben die örtlichen Bolschewiks und bolschewistischen Truppen unter der einheimischen Bevölkerung, insbesondere unter den Deutsch-Balten und unter den dort gebliebenen deutschen Reichsangehörigen eine Bartholomäusnacht veranstaltet. Verhaftet sind auch die drei Herren der deutschen Gesandtschaft, die im Vertrauen auf die Exterritorialität zurückgeblieben sind. Ihre amtlichen Gelder in Höhe von einer halben Million sind beschlagnahmt.

In Tukum und einigen anderen Orten ist man mit den Balten ebenso verfahren. Die Deutsch-Balten und auch die Letten und andere Personen wurden verhaftet, die in der deutschen Gesandtschaft gearbeitet haben während der Okkupationszeit. Ein Beweis, daß die Bolschewiks die Exterritorialität unserer Gesandtschaft nicht respektiert haben und sich über alles Mögliche hinwegsetzen.

Entente-Note an die russischen Regierungen.

Die englische Regierung hat eine Note an die Außenministerien in Rom, Paris, Washington und Tokio gesandt, in der angeregt wird, eine Botschaft der Alliierten an die Regierungen von Sowjet und an die Regierungen von Koltschat in Lmsk, Denikin in Jelatinerobor und Tschankowsky in Archangelsk und alle anderen Regierungen, die sich aus den verschiedenen Nationalitäten des früheren Russlands gebildet haben, zu richten. In dieser Note soll angeregt werden, daß alle Regierungen des früheren Russland ihre gegenseitigen Befreiungen aufgeben und nach einer Einigung Delegierte zur gemeinsamen Vertretung des früheren Russlands nach Paris entsenden. Der Wortlaut dieser Note wird in der „Humanite“ veröffentlicht.

Lansing erklärte in einem Interview mit einem amerikanischen Journalisten, daß Amerika diese Note nicht zugegangen sei. Es sei aber außer Zweifel, daß sie von England an die anderen Regierungen gerichtet wurde. Die französische Regierung hat sich diesem Vorschlage gegenüber ablehnend verhalten, denn sie steht auf dem Standpunkt, daß der Bolschewismus lediglich die Anarchie vertreibt.

Das Blutbad in Preßburg.

Dem „Neuen Westen Journal“ aufzugeht ist dem

Männer und Frauen!

Die Wahlen der Deutschen Nationalversammlung stehen vor der Tür.
Worauf kommt es an? Nicht auf Programme, sondern auf

Besönlichkeit,

die das Vertrauen aller Volkskreise verdienen. Stimmt daher für die Wille der

Deutschen Volkspartei

mit den Namen

Dr. Heinze, Dresden — Dr. Koch, Dresden — Dr. Lotte Schurig, Dresden — Oberlehrer Paul Sättler, Dresden — Rich. Otto, Freiberg — Dr. Bergemann, Löbau, Sa. — Arbeiterselbsträte Hey, Dresden — Dr. Böhm, Meißen — Postsekretär Hermann, Dresden — Dr. Luther, Dresden — Pfarrer Rehder, Dresden — Oberbürgermeister Blücher, Dresden.

Deutsche Volkspartei.

Beitrittsanträge nimmt die Geschäftsstelle des Dresdner Reichsvereins der Deutschen Volkspartei, Reitbahnstraße 32, entgegen. Sonderbeiträge zu den Wahlosten auf das Konto der Deutschen Volkspartei bei der Mitteldeutschen Privatbank, Wallenhausstr. 21, erbeten.

Schlacht-
Pferde
kauf zum Höchstpreis
herm. Schäfer, Tel. 80.
Im Notfall ist zur Stelle
Reitlingel vorhanden!

Drucksachen für jedermann
liefern sauber und rasch
Carl Jähne

Geht alle wählen!

ungarischen Ministerium des Innern die Meldung zugegangen, daß in Preßburg auf Befehl des Kommandanten der tschechoslowakischen Belagerungstruppen 140 Personen, Eisenbahner und Soldaten, verhaftet und im Hause der dortigen Kaiserin erschossen worden sind.

Es soll sich um einen Nachhalt für Vorwürfe handeln, welche sich seinerzeit in Grutza, als tschechoslowakische Truppen einrückten, abgespielt haben. Damals sind 10 tschechoslowakische Soldaten von ungarischen Eisenbahnen niedergemacht worden. Minister Glaszi machte dem Gefundenen der tschechoslowakischen Republik Mitteilung von dieser Meldung und richtete an ihn die Bitte, unverzüglich alle erforderlichen Schritte einzuleiten, damit der Sachverhalt aufzuklärt würde. Der Gefundene erklärte, er halte es für ausgeschlossen, daß diese Nachricht der Wahrheit entspreche. Im Moment könne man mit Preßburg keine Verbindung herstellen, doch werde er sich sofort über Wien mit Preßburg in Verbindung setzen und alsdann die gewünschte Auflösung ertheilen.

Die Alliiertenkonferenz in Paris.

Wilson, Clemenceau, Orlando und Lloyd George nahmen Sonntags an der ersten Sitzung der Alliierten-Konferenz teil, die sich mit der Erneuerung des Waffenstillstandes beschäftigte. Montags soll die Wahl eines Präsidenten und der Generalsekretäre des Kongresses erfolgen. — Nach einer Meldung des „Figaro“ werde Frankreich sofort seine Ansprüche bezüglich Elsaß-Lothringens und gewisser linksrheinischer Gebiete geltend machen.

Rumänien amtiert Siebenbürgen.

In Paris vorliegende Nachrichten aus Bukarest besagen, daß der rumänische Staatsanzeiger den Besluß enthalt, durch den Siebenbürgen offiziell Rumänien zugefügt wird. Siebenbürgen wird in der rumänischen Regierung vorläufig durch einen Minister ohne Portefeuille vertreten sein.

** Rostbares Strandgut. Bei Helgoland ist ein Haß Kognac von 250 Liter Inhalt geborgen worden. Das Haß ist vollständig mit Muscheln bewachsen und hat anscheinend schon lange getrieben. Rummern und Leichen sind an dem Haß nicht bemerkbar.

Deutsche Note gegen den französischen Ausrottungskampf.

Über die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen unter der französischen Besetzung ist soeben in Spaas von Seiten der deutschen Regierung eine Note überreicht worden, welche gleichzeitig durch Vermittelung der schweizerischen Regierung den Regierungen Frankreichs, Groß-Britanniens, Italiens, der Vereinigten Staaten und Belgien zugegangen ist.

Vom ersten Tage der Besetzung an hat die französische Regierung Elsaß-Lothringen gegenüber, eine besondere Haltung angenommen. Sie hat sich nicht auf das ihr zustehende Recht beschränkt, das geräumte Gebiet militärisch zu befreien und dort diejenigen Anordnungen zu treffen, welche durch die militärischen Notwendigkeiten und durch die Interessen der Operationsstruppen geboten waren, sondern sie hat im ganzen Gebiet des Reichslandes einen

politischen Ausrottungskampf gegen alles eröffnet, was deutsch ist, deutsch denkt und deutsch fühlt.

Sie hat die Ausweisung zahlreicher Einwohner des Landes verfügt und unzählig zugesehen, wie sich bei der Abreise der Ausgewiesenen sowohl in Straßburg, wie Colmar und Mülhausen und anderen Plätzen schimpflische Szenen abspielten. Dass es sich hierbei um

Systematische Massenausweisungen

handelt, geht daraus hervor, dass allein in einem badischen Grenzort (Stehl) während der letzten vierzehn Tage über achtundhundert ausgewiesene Personen durchkommen sind, an einem einzigen Tage sogar 119.

Personen, die französische Regierung hat ferner eine Anzahl Elsaß-Lothringischer Bürger verhaftet lassen. Und dies zugestandenermaßen auf Grund von Kriegshandlungen, die vor der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages stattgefunden haben.

Es liegen außerdem zuverlässige Nachrichten vor, dass die französische Regierung

auch in den Schulen Elsaß-Lothringens

den Kampf gegen alles Deutsche

aufgenommen hat.

Endlich versucht die französische Regierung die Grenzen Elsaß-Lothringens dadurch zu erweitern, dass sie von Beginn der Besetzung ab an der Nordgrenze des Landes eine neue, durchaus willkürliche Festlegung getroffen hat, die den Eindruck erwecken muss, als ob Teile der preußischen Rheinprovinz, insbesondere das Saarland, zu Elsaß-Lothringen gehörten.

Alle diese Maßnahmen finden weder eine Stütze im Waffenstillstandsvertrag, noch sind sie durch militärische Notwendigkeiten einem wehrlosen Lande gegenüber, das nur Frieden zu schließen wünscht, nötigend wie zu rechtfertigen. Die französische Regierung scheint sich sogar auf den Standpunkt zu stellen, als ob die Lösung Elsaß-Lothringens vom Deutschen Reich eine vollzogene Tatsache sei. Diese Auffassung kommt zum Ausdruck in der von der französischen Regierung amtlich mitgeteilten Weigerung, in Elsaß-Lothringen die Abhaltung der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung zu gestatten.

Die deutsche Regierung betont auf das nachdrücklichste, dass die Regelung der Elsaß-Lothringischen Frage im Friedensvertrage zu erfolgen hat und legt gegen das französische Vorgehen feierlichst Verwahrung ein.

v. Brodorff-Stanzau,

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Vollwirtschaftliches.

Unterbindung der Berliner Lebensmittelzufuhr. Die Lebensmittelzufuhr für Groß-Berlin ist fast vollständig unterbunden. Aus der Posenen Gegend, die den Hauptversorger Berlins für Kartoffeln, Gemüse und Fleisch bildet, kommt nichts mehr an. Auch andere Provinzen, die durch die Lieferungsverträge zur Sendung von Gemüse verpflichtet sind, fallen aus; ancheinend verhindern die lokalen Behörden jede Abförderung. Groß-Berlin erhält am Sonnabend einzige und allein 16 Waggons Weizkohl! Geflügel, Fische und dergleichen fallen aus.

Genau so schlecht wie mit den Lebensmitteln steht es auch mit der Kohlenversorgung. In Groß-Berlin liegen nur noch für einen bis zwei Tage Vorräte, neue Zufuhren sind nicht zu erhalten, da die Arbeiter entweder gar nicht oder nur widerwillig arbeiten. Die Kohlen reichen noch etwas länger. Die ankommenden Kohlen werden an die Gas- und Wasserwerke abgegeben, die für etwa 10 bis 14 Tage versorgt sind. Für die Bevölkerung wird vorläufig Kohl abgegeben, von dem noch etwas Vorrat auf den Plätzen liegt. Sehr erschwert ist die Abfuhr der Kohlen. Die Spediteure und Kohlenhändler weigern sich zum größten Teil, die Kohlen abzuholen, da ihnen mehrfach die Pferde vor den Wagen erschossen und die Kutscher verwundet wurden.

Wiedereröffnung der Börse. Am Mittwoch, den 15. Januar, soll, gemäß Beschluss des Börsenvorstandes, die Berliner Börse nach längiger Unterbrechung wieder eröffnet werden. Die letzte Börserversammlung hatte am Sonnabend, den 4. Januar, stattgefunden. Inzwischen legten die Spartenbehörden mit der übrigen Geschäftstätigkeit auch den Börsenverkehr lahm. Nachdem die Zustände in Berlin sich ziemlich geordneten Verhältnissen wieder genähert haben, hätte einer sofortigen Wiederaufnahme auch des Börsenverkehrs hier nichts mehr im Wege gestanden. Bestimmt für die Hinausschiebung bis Mittwoch war wohl der Wunsch, abzuwarten, wie die polnisch-württembergische Bewegung verläuft, die im Reichs-

namentlich an einigen sächsischen und rheinisch-westfälischen Orten, eingeleitet wurde.

Note Rosen.

(17. Februar)

"Ja, meine Liebe Josta, und nun weißt du, dass du dir keine Gewissensbisse zu machen brauchst. Rainer verbirgt die auch etwas – und mehr als du. Wir Frauen sind in solchen Fällen viel gewissenhafter. Sie nicht wünscht, Josta, wenn dir deine schönen Augen nicht rot. Über dein Herz kannst du frei verfügen, danach, verlangt Rainer nicht. Die Männer gehen viel leichtsinniger aber so etwas hinweg, auch Rainer. Er hat sich kein Gewissen daraus gemacht, dir das zu verschweigen, als er um dich warb."

Josta stieg das Blut in den Kopf. Sie konnte nicht hören, dass Gerlinde in diesem Tone von Rainer sprach.

"Du irrst dich, Gerlinde. Ich habe von Anfang an gewusst, dass Rainer mich nicht liebt. Wir haben einander offen gesagt, dass wir uns nur Hochachtung und Sympathie entgegenbringen. Rainer hat mir nicht etwa vorgelässt, dass er mich liebt, das musst du nicht denken von ihm."

Gräfin Gerlinde war durch diese Worte Jostas ein wenig aus dem Konzept gekommen. Warum hatte Josta dann geweint, wenn es nicht aus dem Grunde geschah, den sie angenommen hatte. Sie grubelte eine Weile.

"Wenn eine Frau weint – so weint, wie Josta es getan, dann ist ihr Herz beteiligt und naturngemäß ein Mann. Wenn sie aber nicht um Rainer weint, dann weint sie um einen andern. Sollte sie schon einen andern Mann im Herzen tragen? Das muss ich erforschen. Was gäbe ich darum, wenn ich Ihr Tagebuch lesen könnte! Wer ist der Mann, um den Josta weint? Hat sie ihn geliebt, ehe Rainer um sie warb, und ihm entagt, um Majoratsherren von Ramberg zu werden? Oder hat sie sich erst verliebt, nachdem sie Rainer ihr Jawort gegeben hatte? Und – könnte es im letzteren Falle nicht Henning sein? Er liebt sie ganz unfehlbar, und es ist doch nicht ausgeschlossen, dass seine Geliebte auch die ihre erwacht hat. Sie war an seinem Eltern so lange mit ihm allein – und sie waren beide erregt, als sie sich wieder zu uns gesellten. Beim Besichtigen von Photographien erregt man sich nicht. Wie – wenn Josta auch für Henning eine so schnell erwachte Geliebte empfände? Ach – das – mein Gott – las es so sein – las es so sein! Dann will ich den beiden helfen, mit allen Mitteln, sich zusammen zu finden – dann sollen sie glücklich werden."

Und Rainer wird dann frei für mich. Er wird Josta nicht halten gegen ihren Willen, wird den Bruder nicht unglücklich machen wollen. Er ist zu selbstlos dazu. Und dann – dann will ich ihn trösten, dann will ich meine Sache klüger führen als zuvor, dann soll ihn mir keine andere mehr nehmen. Also Vorsicht jetzt – und klag weiter operieren. Hilf mir, Vater im Himmel – dann brauche ich nicht schlecht zu werden, dann brauche ich die kleine Frau nur zu ihrem eigenen Heil zu überlassen."

So dachte sie, und laut sagte sie, sich aufzurichten, möglichst gleichmäßig:

"Run also, dann habe ich mir wohl nur törichtweise eingebildet, dass deine Tränen einem Herzenskummer gelten. Wenn du weißt, dass Rainer nicht aus Liebe um dich geworben hat, dann hast du ihm doch auch sicher nicht verschwiegen, dass du ihn nicht liebst?"

Josta wurde wieder rot, zwang sich aber zur Ruhe.

"Ja, Rainer weiß das," sagte sie leise.

"Run, dann ist ja alles gut, kleine Frau. Oder doch vielleicht nicht? Ach, Josta, ich kann mich ja so gut in deine Lage versetzen! Auch ich habe vor Jahren meine Hand ohne mein Herz verschenkt. Glücklich ist man nicht dabei. Und ich wünschte dir nur, dass du dein Herz nicht eines Tages an einen andern verlierst, wenn ich auch sicher bin, dass dich Rainer nicht gegen deinen Willen halten würde."

Josta sprang mit einer hastig abwehrenden Bewegung auf. "Nein, nein – davon ist nicht zu denken. Bitte, las uns dieses Thema nicht mehr berühren, es quält mich."

Gräfin Gerlindes Augen leuchteten festsam auf. "Warum diese heftige Abwehr?" dachte sie. "Das sieht ja aus wie Angst. Run, ich werde noch dahinterkommen. Verliebt ist Josta, scheint mir, unbedingt. Eine Frau, die nicht liebt, ist ruhig und gelassen und sieht nicht trünen Auges über ihrem Tagebuch. Dies Tagebuch! Es würde mir sicher den Schlüssel zu ihrem Wesen geben. Was gäbe ich darum, wenn ich hinein schauen könnte!"

Diese Gedanken erfüllten Gräfin Gerlinde. Über da Josta so dringend ein anderes Thema verlangte, wollte sie es nicht mehr festhalten. Sie hoffte und wünschte, dass Josta ihr Tagebuch in dem Geheimfach bergen möge. Dann wollte sie sich schon Einblick in dasselbe verschaffen, wenn sie Josta einmal abwesend wüsste.

Draußen brach die Sonne durch die Wolken. Gräfin Gerlinde legte den Arm um Josta.

"Komm ein wenig hinaus ins Freie, kleine Frau, da vergehen Kopfweh und trübe Stimmung im Sonnenschein. Und vergiss das Geheimfach nicht. Darin kannst du sicher alles bergen, was außer dir niemand sehen soll."

Josta neigte das Haupt.

"Ja, ja – ich danke dir."

Und mit schweren, mislichen Schritten ging sie neben Gräfin Gerlinde ins Freie hinaus. Ihr war zumute, als habe sie eine Vorheit begangen, als habe sie sich wider Willen in Gerlindes Hände gegeben, obwohl sie ihr nichts von ihrem eigenen Empfinden verraten hatte. Es bedrückte sie, dass sie Gerlinde den Namen der Frau zu danken hatte, die Rainer liebte. Wie ein Unrecht erschien es ihr nun, dass sie in sein Geheimnis eingedrungen war, gegen seinen Willen.

Aber von diesem Tage an hütete Josta ihrem Gatten gegenüber noch angstlicher ihr Geheimnis und zeigte sich ihm noch zurückhaltender. Seinen Bärtschen wischte sie ängstlich aus, und wenn er ihr nur

nahm, bekamen ihre Augen einen Ausdruck, als späthe sie nach einem Ausweg zur Flucht. Rainer merkte das nur zu genau, und er wurde mutloser denn zuvor.

In ihr Tagebuch schrieb Josta am Abend dieses Tages: "Nun weiß ich, wen Rainers Liebe gehört, und nun bin ich ganz hoffnungslos. Diese Frau kann er nie vergessen. Ob sie ihn vergessen kann? Ob sie auf ihrer einsamen Höhe sich in Sehnsucht nach ihm verzehrt, wie ich es tue? Und ob er sehr leidet, dass er auf diesen Besitz verzichten musste? So lange habe ich mich danach gefehlt, diese Frau zu kennen, ihren Namen zu wissen. Und nun ich ihn kenne, nun Gerlinde ihn mir verraten hat, ist mir, als wäre mir besser gewesen, ich hätte ihn nie gehört. Warum hat ihn mir Gerlinde verraten? Und warum wollte sie so unabdingt den Grund für meine Tränen kennen? Mein Gott, wie erschrock ich, als sie mir sagte, sie wisse, warum ich weine. Mag sie denken, was sie will, – wenn sie nur die Wahrheit nicht kennt. Die soll nie ein Mensch erfahren – – niemals!"

Kontinuation folgt.

Aus aller Welt.

Ein Knabe erschossen. Der in Eidelstedt bei Hamburg wohnhafte Soldat Groth kam nach der Silvesternacht zum Besuch der Familie Eltgen. Er zeigte dem achtjährigen Knaben seinen Browning in der Annahme, dass er nicht geladen sei. Plötzlich löste sich ein Schuss und durchbohrte dem Kind den Kopf, dass der Tod sofort eintrat.

Mordtat eines Holländers. Als das Arbeiter- und Soldatenrats-Mitglied Häutmann in Gronau in einer Wirtschaft einen Streit schlichten wollte, zog ein Gast plötzlich einen Revolver und feuerte. Häutmann, der Vater von sieben Kindern ist, wurde auf der Stelle getötet. Der Mörder flüchtete, konnte aber später verhaftet werden.

Ein Opfer seines Berufs. In Hamburg starb plötzlich der Chemiker Dr. Emil Braunschweig, Leiter der Druckfarbenwerke Bött u. Co. Er war in leichter Zeit beschäftigt, eine neue Zusammensetzung von Druckfarbe zu erprobten, um deren jegliche Mängel, namentlich den schlechten Geruch, zu beseitigen. Hierbei zog er sich eine Vergiftung zu.

Eine mehr denn vierjährige Neise hat eine Postkarte von Dobrilugk nach Hinterwalde gemacht. Sie war am 27. November 1914 zur Post gegeben und erreichte ihr Ziel am 4. Januar 1919. Der Adressat weiß nicht mehr unter den Lebenden; er hat den Heldenkampf auf den Schlachtfeldern gefunden. Für die prompte Zustellung verlangte die Post einen Aufschlag von 5 Pfennig, denn seit dem November 1914 ist, wie alles andere, auch das Porto teurer geworden.

Das erste neue Steuergesetz der neuen Regierung wird eine Wiederholung des Gesetzes von 1918 darstellen, das eine Mehr-Einkommensteuer und Vermögensabgabe für physische Personen und eine Mehr-Gewinnsteuer für juristische Personen enthält. Die Sätze dieser Mehr-Einkommensteuer und Vermögensabgabe für physische Personen werden vermutlich dieselben sein, wie in dem Gesetz von 1918.

Das Steuergesetz dürfte schon in der nächsten Woche veröffentlicht werden.

Bei einer Viehbestrafung zwei Personen getötet und drei verletzt. Eine Viehbestrafung hat sich in Neunhausen (Kreis Westhavelland) abgespielt, bei der zwei Personen getötet und drei verletzt wurden. Der Koch Koch hatte früher mit der Tochter des Bahnarbeiters Steffen ein Verhältnis unterhalten, das aber von den Eltern nicht genehmigt wurde. Kürzlich aus dem Felde zurückgekehrt, versuchte er sich wiederum dem Mädchen zu nähern. Die Eltern wollten jedoch diese Annäherung vereiteln, sie hielten daher die Tochter in der Wohnung zurück. Kürzlich drang Koch in die Steffensche Wohnung ein und stach mit einem Schuss seine Geliebte tot nieder. Auf den hingeworfenen Vater gab er drei Schüsse ab, wodurch dieser sehr schwer verletzt wurde. Durch weitere Schüsse wurden eine Hausbewohnerin und ein junges Mädchen verwundet. Frau Steffens vermochte zu flüchten. Koch selbst schockte eine Kugel in den Kopf; er war sofort tot.

Woher kommt das Wort "Putsch"? Ja, woher kommt das Wort, das uns jetzt alle paar Tage im politischen Teil der Zeitungen leider aufgetragen wird. Ist es überhaupt ein deutsches Wort? Es klingt fast ein britisches tschechisches oder polnisches nicht wahr? Aber in Wirklichkeit ist es gut "Schwartz-Putsch". Es entstammt der Bütcher Mundart und wurde zum ersten Male auf die Bütcher Unruhen vom Jahre 1839 angewandt. Seit der Zeit – es kann also jetzt seinen 80. Geburtstag feiern – bezeichnet das Knappe Bütchein jeden plötzlichen und unerwarteten Umschwungversuch.

Gerichtssaal.

Rechtsprechung im Maschinengewehrfeuer. Trotz Kugelregen und Verkehrsstörung funktioniert in der Reichshauptstadt die Rechtsprechung. So waren zur letzten Vollstreckung des Kaufmannsgerichts Richter und Beisitzer wie auch Parteien und Zeugen fast vollständig erschienen. Die einzige Verzögerung bestand darin, dass die Alten nicht rechtzeitig zur Stelle waren. Der Altenwagen war in der Wilhelmstraße in einen plötzlich einsetzenden Feuerkampf geraten und musste schleunigst umkehren. Der Vorsteher wusste sich aber zu helfen, er verhandelte – ohne Alten, und es ging auch zur Rot. Auch die Beamten des Kaufmanns- und Gewerbegerichts waren vollständig auf ihrem Platz; sie hatten sich pflichtgetreu durch die verschiedenen Kampfgebiete, vielfach auf dem Wege langer Fußwanderungen, durchgeschlagen. Während des von mittags 12 Uhr ab in nächster Nähe beim Wolfschen Telegraphen-Büro tobenden Feuerkampfes wurde die Sprachfestsitzung ruhig weiter abgehalten.